

Haushalt verabschiedet

# Mehr Personal, mehr Investitionen

VON ANDRÉ FISCHER

**Die Stadt Nürnberg will in den nächsten vier Jahren mehr als 1,26 Milliarden Euro in Schulen, Kindergärten, Brückensanierungen, den Neubau einer Feuerwache und die Sanierung von Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehren investieren. Die Stadt muss 2019 voraussichtlich 39,5 Millionen Euro an neuen Schulden machen. Der Schuldenstand ohne Eigenbetriebe und städtische Tochterunternehmen liegt dann bei 1,48 Milliarden Euro, für den ganzen Konzern Stadt betragen sie 1,89 Milliarden Euro. Der städtische Haushalt für 2019 wurde mit großer Mehrheit angenommen.**

► Personal und Investitionen: Bis 2030 sollen sogar vier Milliarden Euro

investiert werden, so Kämmerer Harald Riedel. Insgesamt schafft die Stadt 2019 385 neue Stellen, 80 Prozent ersetzen keine schon bestehende Stelle. Damit werden die Personalausgaben weiter aufgebläht. Der Anteil der Personalkosten am gesamten Haushalt liegt 2019 bei 666 Millionen Euro.

Mehr Personal gibt es für Schulen, Kinderbetreuung und den Bereich der Digitalisierung. Sollte sich der neue Außendienst der Stadt Nürnberg (ADN) bewähren, dann sollen nach dem Willen von SPD und CSU zu den zwölf Stellen noch einmal zehn hinzukommen. Die Mitarbeiter des ADN sollen sich zunächst in der Innenstadt um Sauberkeit in Grünanlagen und um die Einhaltung von Regeln etwa durch Radfahrer kümmern. Für Achim Mletzko, Fraktionsvorsitzender der Grünen, ist der ADN „reine Geldverschwendung“. FDP-Stadtrat Alexander Liebel lehnte den ADN ab, weil die Polizei zuständig sei.



Marcus König von der CSU.

► Großer Streitpunkt war der geplante kreuzungsfreie Ausbau des Fränkischenschnellwegs. Derzeit werden die Baukosten auf rund 660 Millionen Euro geschätzt, davon trägt die Stadt mindestens 200 Millionen Euro. Während CSU, SPD, FDP, Freie Wähler und BIA am Ausbau festhalten, lehnen ihn Linke, Grüne, ÖDP und die Guten ab. Özlem Bahadır von den Linken hält den Fränkischenschnellweg „für nicht mehr zeitgemäß“. Stattdessen sollten mit dem städtischen Anteil bei den Ausbaukosten vor allem das Straßenbahnnetz ausgebaut und die VAG-Preise eingefroren werden. Die Freien Wähler schlagen eine Stadt-Umland-Bahn Richtung Süden nach Weiherhaus vor.

► Die CSU fordert für viele Stadtteile ein besseres Verkehrskonzept und



Die Haushaltsberatungen für 2019 dauerten insgesamt nur fünf Stunden. Das dürfte ein Rekord sein. Die politische Auseinandersetzung war aber sehr sachlich und intensiv. Fotos: Stefan Hippel

lehnt die von den Grünen ins Spiel gebrachte Reduzierung des Rings auf eine Fahrspur ab. Auch die Ampelschaltungen sollen besser aufeinander abgestimmt werden.

► Die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets im öffentlichen Personennahverkehr wird von allen Stadtratsmitgliedern begrüßt. Das hatte Ministerpräsident Markus Söder in Aussicht gestellt, allerdings erst für das Jahr 2030. Anja Pröb-Kammerer, die Fraktionsvorsitzende der SPD, forderte den Freistaat auf, die Kommunen ab 2020 finanziell zu unterstützen, damit die Fahrpreise im ÖPNV nicht jedes Jahr aufs Neue erhöht werden müssen. Mit Hilfe des Landes soll möglichst bald ein günstiges Azubi-Ticket eingeführt werden, so Pröb-Kammerer.



Anja Pröb-Kammerer (SPD)

über Söders Absichten besser als andere Bescheid und zeigte sich überzeugt, dass das 365-Euro-Jahresticket deutlich vor 2030 kommt.

► Die Aufstockung des Etats für den Ausbau von Fahrradwegen von rund 1,5 Millionen auf deutlich über drei Millionen Euro war ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger zu wenig. Er fordert zwischen 6,5 und sieben Millionen Euro. Auch die Grünen, Linken und Stephan Grosse-Grollmann (Die Guten) sprachen sich für noch mehr und bessere Fahrradwege aus. Der Bauverwaltung wurde außerdem eine neue Stelle für die Planung von Radwegen genehmigt. Die CSU hatte auch noch durchgesetzt, dass die Anschaffung von Lastenrädern durch die Stadt gefördert wird.

► Die Grünflächen in der Stadt auszuweiden, darin waren sich alle einig. Bei SÖR werden eigens Stellen geschaffen, um die Baumpflege zu verbessern. CSU und SPD wollen auch die Begrünung von Dächern und Fassaden unbürokratischer fördern. Grosse-Grollmann forderte den Rückbau von versiegelten Flächen und hielt ein Plädoyer für Fußgänger.

► Die Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt im Jahr 2025 lehnten bei den Haushaltsberatungen nur die BIA und die Linken offen ab. Für Pröb-Kammerer bedeutet die Bewerbung, dass man sich gemeinsam überlegt, wie sich Nürnberg in den nächsten Jahren weiterentwickeln soll.

„Der Bewerbungsprozess ist ein Stadtentwicklungsprozess.“ Für König bietet die Bewerbung die Chance, die Stadtgesellschaft miteinander ins Gespräch zu bringen.

► Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen für untere und mittlere Einkommensschichten trieb alle Parteien um. Während sich die CSU für die Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbpacht starkmacht, befürchtet die SPD die Zunahme von Bodenspekulation, denn die Zahl der Neubauten weicht von der Zahl der Baugenehmigungen deutlich ab.

► Selbstkritik ist im Stadtrat selten. König will nach dem schlechten

Ergebnis seiner Partei bei der Landtagswahl ein „weiter so“ der CSU nicht akzeptieren: „Wir werden uns einem System-Update und einem Hardwareaustausch unterziehen müssen.“ Auch der Umgang in der Partei und mit den Bürgern müsse besser werden. Insgesamt sei aber der Umgang im Nürnberger Stadtrat „ein Erfolgsmodell“.

## Positionsbestimmung

### Fraktionen sind flexibel

So sachlich und argumentativ waren die Haushaltsberatungen schon seit Jahren nicht mehr. Auch wenn SPD, CSU und zum Teil auch die Grünen die großen Leitlinien der Stadtentwicklung gemeinsam tragen, so wurden doch die Differenzen deutlich. In den nächsten Monaten dürfte die Auseinandersetzung um den kreuzungsfreien Ausbau

## Der NZ-Kommentar

des Fränkischenschnellwegs erheblich zunehmen. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Achim Mletzko deutete sogar ein Bürgerbegehren an, wenn die Mitglieder von Bund Naturschutz entschieden haben, ob sie die Klage gegen den Ausbau zurückziehen. Das dürfte zu weiteren Verzögerungen führen.

Interessant war die Kehrtwende bei den Sozialdemokraten, die über